

BDO-POLITIK-FORUM BRINGT UNTERNEHMEN INS GESPRÄCH MIT FÜHRENDEN VERKEHRS- UND TOURISMUS-POLITIKERN

Unternehmergeist beflügelt die Daseinsvorsorge



© bdo

bdo-Präsident Karl Hülsmann eröffnete das Politik-Forum mit seiner Begrüßungsrede

Der Bus ist eine unverzichtbare Säule der klimafreundlichen Mobilität der Zukunft. Und private Unternehmen leisten einen gigantischen Beitrag zur Daseinsvorsorge im Verkehrssektor. Auf diese Punkte konnten sich alle Teilnehmer beim bdo-Politik-Forum einigen. In zwei digitalen Podiumsdiskussionen tauschten sich am 15. Juni dabei unter anderem Verkehrs- und Touristikexperten von Union, SPD, FDP und Grünen mit der Busbranche aus. Es war ein überaus interessanter Einblick in die Position der Parteien zur aktuellen Lage im Mobilitätssektor.

Das Grußwort von bdo-Präsident Karl Hülsmann eröffnete das knapp dreistündige Event mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für die Kraft des Unternehmergeistes. Gerade dieser, so Hüls-

mann, sorgt dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land bestmöglich mit Mobilitätsangeboten versorgt werden. Staatliche Betriebe und Eingriffe in den Wettbewerb lähmen hingegen. Diese Grundbotschaft war auch dem folgenden Einleitungsvortrag von Professor Dr. Marcus Sidki von der Hochschule Ludwigshafen am Rhein zu entnehmen. Er zählte dabei Fehlentwicklungen auf, die sich mit der massiven Ausbreitung von Unternehmen in öffentlicher Hand einstellen.

Im hochkarätig besetzten Podium zum Fernverkehr diskutierten der SPD-Bundestagsabgeordnete Detlef Müller und sein Parlamentskollege Markus Tressel von Bündnis 90/Die Grünen unter anderem über die Sonderstellung des Schienenverkehrs in Deutschland. Sind Milliardenhilfen

und weitere Vorteile für einen Staatskonzern irgendwie vereinbar mit einem fairen Wettbewerb. Patrick Kurth von FlixBus und Dr. Matthias Stoffregen, Geschäftsführer von mo-fair, kritisierten die Sonderstellung, die eben vor allem auch Nachteile für Fahrgäste bringt. Auch Professor Dr. Matthias Knauff von der Universität Jena sah Handlungsbedarf: „Die aufgetauchten Probleme sind nicht Corona-bedingt entstanden, sondern liegen in dem Verständnis, welche Aufgaben eine Staatsbahn wahrnehmen soll.“ Dies müsse in der kommenden Legislaturperiode geklärt werden.

Zum Nahverkehr diskutierten auf der bdo-Bühne die Bundestagsabgeordneten Alois Rainer (CSU) und sein FDP-Kollege Torsten Herbst. Ihnen folgte die Veranstaltungsmoderatorin Anja Ludwig, Stellvertretende bdo-Hauptgeschäftsführerin, insbesondere in Hinblick auf ein Thema auf den Zahn: Wie kann die Verdrängung des Mittelstands durch kommunale Verkehrsbetriebe – mit den dazugehörigen dramatischen Folgen für die Leistungsfähigkeit des ÖPNV – verhindert werden? Anregungen dazu gaben auch Unternehmer Dirk Hänsgen, Vorstandsmitglied bei NWO und bdo, sowie Rechtsanwalt Dr. Sebastian Ruling. Peter Kurth, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) unterstrich: „Die Wettbewerbsbedingungen sind nicht mehr fair.“ Er forderte daher „mehr Transparenz und mehr Rechtsschutz“ für private Unternehmen.

Die Argumente des Mittelstands wurden beim bdo-Politik-Forum laut und deutlich formuliert. Wir sind gespannt, welche An- und Aussagen der Politik nach der Bundestagswahl im Herbst in entsprechende Entscheidungen einfließen.



© Deutscher Bundestag / Inga Haar



© Sandro Halank



© Erik Marquardt



© Karsten Prausse

Farbe bekennen: Gleich vier Mitglieder des Deutschen Bundestages nahmen sich der Fragen der Busunternehmerinnen und Busunternehmer an

BDO VERHINDERT ZWANGSABGABE IN DEUTSCHLAND

Keine Busmaut durch die EU-Hintertür

Nach jahrelangen und intensivsten Bemühungen ist es uns gelungen. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hat am 16. Juni mit Erleichterung auf den in der vorhergehenden Nacht gefundenen vorläufigen Kompromiss von EU-Parlament und EU-Kommission zur Eurovignetten-Richtlinie reagiert. Dieser sieht nun nicht mehr vor, dass Mitgliedstaaten mit einer Lkw-Maut künftig zwingend auch Busse bemauteu müssen. Diese Zwangsabgabe für Busse war von Kommission sowie vom EU-Parlament vehement gefordert worden. Damit wäre es für Deutschland unausweichlich zu einer Bus-Maut gekommen, mit der ausgerechnet das klimafreundlichste Verkehrsmittel zusätzlich belastet worden wäre. Im Reiseverkehr würde eine Busmaut die Unternehmen pro Jahr im Schnitt über 70.000 Euro und im Fernverkehr sogar über 320.000 Euro kosten.

© bdo



bdo-Hauptgeschäftsführerin dankte Verbands-Präsident Karl Hülsmann und dem Bundesverkehrsminister für ihren Einsatz

Der bdo hat die sehr große und sehr reale Gefahr der Einführung einer Busmaut durch die EU-Hintertür in den zurückliegenden Jahren mit aller Kraft bekämpft. Mit unzähligen Gesprächen in Brüssel, Positionspapieren u.a. zu den Umwelt- und Klimavorteilen des Busverkehrs und in enger Abstimmung mit dem Weltverband International Road Transport Union (IRU) ist es nun gelungen, die Busunternehmen in Deutschland aber auch in mehreren anderen EU-Mitgliedstaaten vor der Maut zu schützen. Eine wichtige Rolle hierbei spielte auch das Bundesverkehrsministerium (BMVI),

das ebenfalls in Brüssel und Straßburg im Rat der Mitgliedstaaten konsequent gegen die Verpflichtung zur Bus-Bemautung eintrat. Der Erfolg ist insbesondere auch deshalb so wichtig, da eine weitere Belastung für die Busbranche von verheerender Wirkung gewesen wäre, da diese aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie derzeit bereits die größte Krise der letzten 70 Jahre durchstehen muss. Eine Busmaut wäre

auch ein Bärendienst für die Verkehrswende gewesen. Nur mit einem attraktiven und auch preislich wettbewerbsfähigen Bus-Sektor kann mehr nachhaltige Mobilität gelingen.

Christiane Leonard, bdo-Hauptgeschäftsführerin, sagte zu den Beschlüssen: „Wir sind überglücklich, dass wir unseren langen und intensiven Kampf gegen die Einführung einer EU-Zwangsmaut für Bussen in Deutschland zum Erfolg führen konnten. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Höhere Preise für Busreisen führen zu weniger Fahrgästen und mehr Pkw-Verkehr. Dennoch war die Gefahr einer Busmaut sehr real und die Beschlüsse von Kommission und EU-Parlament lagen bereits auf dem Tisch. Dank jahrelanger persönlicher Bemühungen von bdo-Präsident Karl Hülsmann und der anhaltenden Unterstützung durch das Bundesverkehrsministerium ist uns die Rettung in letzter Sekunde gelungen. Die Bedeutung dieses Kompromisses für den Mittelstand kann gar nicht genug betont werden. Eine zusätzliche Belastung nach der Corona-Krise hätte sicherlich das Aus für viele Unternehmen bedeutet. Jetzt gilt es aus unserer Sicht in den Vorwärtsgang zu schalten, den Bus endlich als elementaren Baustein der Verkehrswende zu begreifen und Erleichterungen und Verbesserungen für den umweltfreundlichen Bus auf den Weg zu bringen – etwa in Form einer Kompensation des CO2-Preises und der Reduzierung der Mehrwertsteuer.“

ATV-KRITIK AN BEFRISTUNG WEITERER HILFEN BIS SEPTEMBER

Reisewirtschaft braucht länger Unterstützung

Die Verlängerung der Überbrückungshilfen nur bis Ende September greift zu kurz. Diese Kritik kam Mitte Juni vom Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV), dem der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) zusammen mit 27 weiteren Partnern angehört. „Das ist die absolut falsche Entscheidung und lässt gerade die Touristik in den schwierigsten Monaten im Regen stehen“, hieß es in der Pressemitteilung des ATV zum Thema. Ursprünglich hatten die Regierungsparteien Pläne, dass die Verlängerung bis zum Jahresende gehen solle. Dies ist vor allem auch für Busunternehmen enorm wichtig, da das Saisongeschäft in der Bustouristik in den Jahren 2020 und 2021 fast komplett ausfiel. Die Mittelständler dann ausgerechnet kurz vor der Herbst- und Winterzeit in die Phase ohne Unterstützung zu

stoßen, ist ein absoluter Fehlschluss. Damit werden auch die bisherigen Rettungsmaßnahmen ad absurdum geführt, wenn nach 18 Monaten Pandemie kurz vor der Ziellinie doch noch Unternehmen ins Aus gedrängt werden.

ATV-Sprecherin Petra Thomas führte dazu aus: „Die ersten Monate des Jahres stellen in der Tourismusbranche die Hauptbuchungszeit für die Sommermonate dar und fehlen in diesem Jahr komplett. Im Sommer wiederum werden jene Gelder verdient, die die Unternehmen brauchen, um über die verlustreichen und schwächeren Wintermonate zu kommen. Erhalten sie in diesem Jahr nur bis Ende September die dringend benötigten Überbrückungshilfen, werden die Gelder des Bundes vielen touristischen Anbietern nicht mehr weiterhelfen, da sie

genau zu dem Zeitpunkt aufhören, an dem die wirtschaftlichen Probleme für sie richtig losgehen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 - 3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 - 4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org

V.i.S.d.P. Christian Wahl

Redaktion Christian Wahl

FEHLENDE HAFTUNGSGRENZE KÖNNTE EINSTIEG DER VERSICHERER VERHINDERN

Lücke im Reisesicherungsfonds bedroht den Mittelstand weiter

Kurz vor der zweiten Lesung im Deutschen Bundestag hat der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) auf eine weiter bestehende Gefahr bei der Absicherung der Kundengelder bei kleinen und mittleren Reiseanbietern hingewiesen: Die Opt-out-Option für Unternehmen mit 3 bis 10 Millionen Euro Umsatz könnte in der Praxis wirkungslos bleiben, da eine Haftungsbegrenzung für die individuelle Absicherung fehlt. Erfahrungsgemäß schreckt dies Versicherer ab, warnte der bdo am 9. Juni kurz vor der Abstimmung im Parlament.

Der bdo warnte vor voreiliger Zufriedenheit mit dem Kompromiss zur Ausgestaltung des Reisesicherungsfonds. Vor der zweiten Lesung im Deutschen Bundestag wies der Verband auf die möglicherweise entscheidende Lücke im Entwurf hin. Dieser sieht zwar für Unternehmen mit einem Umsatzvolumen zwischen 3 und 10 Millionen Euro eine Opt-out-Möglichkeit vor, bei der eine individuelle Versicherung den Zwangseintritt in den Fonds ersetzen kann. Diese Option droht aber in der Praxis ohne

Bedeutung zu bleiben, da im Gesetzentwurf eine Haftungsbegrenzung für die Versicherer fehlt. So bleibt ein reales Risiko, dass mittelständische Unternehmen schlicht keine Absicherung erhalten und somit doch in den Fonds gezwungen würden. Hiermit wären unverhältnismäßig hohe Kosten verbunden und der bdo befürchtet, dass die von Corona stark getroffene Busbranche die mit dem Fonds fälligen hohen Sicherheitsleistungen in Höhe mehrerer Hunderttausend Euro pro Unternehmen nicht zusätzlich erbringen kann und damit aus dem Markt gedrängt wird. Der bdo forderte daher erneut, die Haftung außerhalb des Fonds bei Unternehmen mit bis zu 10 Millionen Euro Jahresumsatz auf 3 Millionen Euro zu begrenzen, denn nur so kann den Bedürfnissen des Mittelstandes tatsächlich Rechnung getragen werden.

Zu der Lücke im Kompromissvorschlag für den Reisesicherungsfonds sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard: „Es bleibt leider dabei: Weiter droht eine drastische Mehrbelastung kleinerer Reiseanbieter, die mit

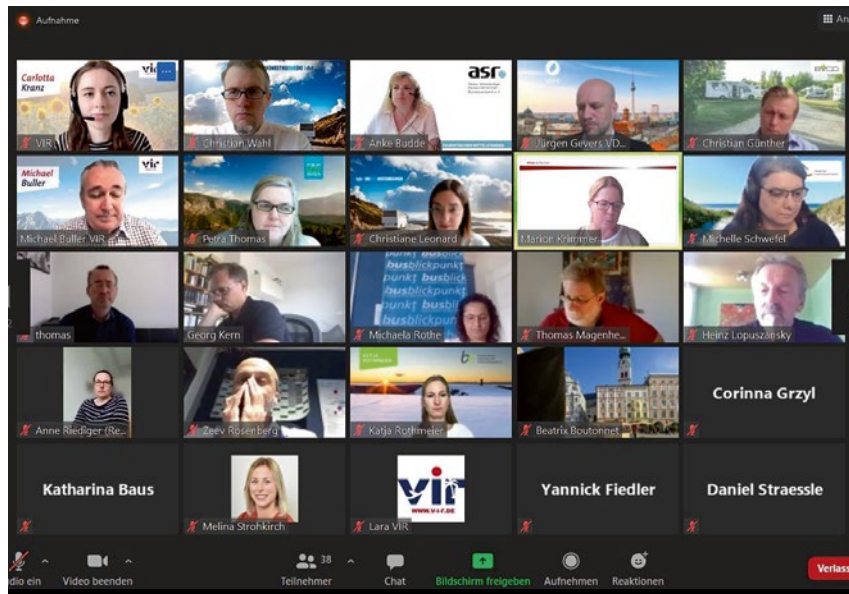
ihren Beiträgen zum neuen Reisesicherungsfonds für die gigantischen Ausfallrisiken der Reisekonzerne geradestehen müssten. In dieser Form wendet sich der vollkommen richtige Impuls, Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, potenziell gegen den Mittelstand in der Tourismuswirtschaft – und in der Folge gegen deren Kundinnen und Kunden. Zahlreiche Vorschläge für eine echte Lösung im Sinne kleiner und mittelgroßer Reiseanbieter ohne Repatriierungsrisiken lagen auf dem Tisch. Diese Ideen wurden aber nicht aufgegriffen, weil der Gesetzgeber offensichtlich nicht bereit ist, sich ernsthaft um eine faire Lösung zu bemühen. Der vermeintliche Kompromiss droht nun zu einer Fata Morgana ohne Realitätsbezug zu werden, wenn sich keine Versicherungsanbieter finden. Wir rufen die Politik daher auf, die Praktikabilität des Reisesicherungsfonds ernsthaft zu evaluieren und gegebenenfalls schnell Verbesserungen und Klarheit herbeizuführen. Es darf nicht dazu kommen, dass kleine Busreiseanbieter ohne reale Ausfallgefahren die Rettung milliardenstarker Konzerne finanzieren müssen.“

BDO BEIM PRESSE-GESPRÄCH DES AKTIONSBÜNDNISSES TOURISMUSVIELFALT

Verbände der Reisewirtschaft warnen gemeinsam

Wir sind noch lange nicht über dem Berg und die uneinheitlichen Regelungen in den Bundesländern erschweren den Restart in der Touristik massiv: So lautete das einheitliche Fazit der Sprecher beim ersten virtuellen Presse-Roundtable, in dem das Aktionsbündnis Tourismusvielfalt (ATV) Anfang Juni die Situation der Tourismusbranche vor dem Hintergrund ihrer Komplexität erörterte. Der Verbund aus 28 touristischen Branchenverbänden wies dabei auch auf eine dramatische Abwanderung von Fachkräften hin und forderte einmal mehr „einen längst überfälligen Tourismuspipfel der Bundesregierung mit touristischen Branchenvertretern“.

Die Bündnispartner stehen für rund zehntausend Unternehmen, die für über eine Million Arbeitsplätze verantwortlich sind, „und damit deutlich mehr als die Autoindustrie, die in der



Mit gut 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war der ATV-Presseroundtable sehr gut besetzt

Politik leider eine viel stärkere Gewichtung als die Touristik hat“, bedauerte ATV-Sprecher Michael Buller einleitend. Er betonte, dass die Dauerkrise durch die Corona-Pandemie nicht auf Knopfdruck zu lösen sei. „Wir brauchen daher die Zusammenarbeit und das Gehör aller touristischen Verbände“, erläuterte er die Hin-

tergründe zur Gründung des Aktionsbündnisses.

Für die Bustouristik machte Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmen (bdo), im Gespräch auf die noch immer dramatische Lage durch die Corona-Krise aufmerksam. „Das größte aktuelle Problem ist, dass beim jetzt einsetzenden Restart eine Koordination der Bundesländer fehlt“, kritisierte sie. „Durch einen Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen ist in der Praxis trotz erfolgter Freigaben kein wirtschaftlicher Betrieb möglich.“ Dies treffe nicht nur die Busbranche hart: Aufgrund der engen Verbindung der Busunternehmen zu anderen Teilen der Reisewirtschaft - wie z.B. Hotellerie, Gastronomie, Freizeitparks oder Kultureinrichtungen - leide das gesamte System weiter mehr als nötig, so ihre Einschätzung zum derzeitigen Status Quo der Reisewirtschaft.

NEUE KAMPAGNE GESTARTET

Klassenfahrten sind jetzt wichtiger denn je

Die Bedürfnisse von Heranwachsenden mussten in der Corona-Pandemie oft zurückstehen. Das betrifft den regulären Schulunterricht, aber auch die sozial enorm wichtigen Klassenfahrten, die seit nunmehr mehr als einem Jahr ausfallen mussten.

Mit der Kampagne #klassenfahrtabsicher wirbt seit dem 14. Juni ein Bündnis von Verbänden, Unternehmen und außerschulischen Lernorten dafür, dass zeitnah Klassenreisen wieder durchgeführt werden können. Die Partner im „Bündnis Schul- und Klassenfahrten“ wollen u.a. gegenüber Politik, Verwaltung, Öffentlich-

keit sowie Lehrern die Möglichkeit einer Corona-gerechten Durchführung betonen. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) engagiert sich für die Kampagne. Im eigens erstellten Presse- und Social-Media-Kit stehen zahlreiche Vorlagen für Logos, Bilder, vorbereitete Posts oder Materialien für die Pressearbeit bereit. Hier wird auch die Möglichkeit der Beteiligung erklärt. Auf der Webseite www.klassenfahrtabsicher.de finden Interessierte zudem viele Informationen zur Bedeutung von Klassenfahrten für Heranwachsende und zu den grundlegenden Hygienekonzepten für eine Durchführung.

© Bündnis Schul- und Klassenfahrten Kampagne #klassenfahrtabsicher



Die Kampagne betont die Bedeutung von Klassenfahrten für Kinder und Jugendliche gerade nach den zurückliegenden Pandemie-Monaten



LBO-Präsidentin Dr. Sandra Schnarrenberger empfing in München die kroatische Tourismusministerin Nikolina Brnjac

Die kroatische Ministerin für Tourismus, war am 15. Juni mit einer Delegation zu Gast beim Landesverband Bayerischer

KROATISCHE TOURISMUSMINISTERIN ZU GAST BEIM LBO

Sicher mit dem Bus nach Kroatien

Omnibusunternehmen (LBO) in München. Nikolina Brnjac informierte über das Projekt „Safe stay in Croatia“ und warb bei den bayerischen Busunternehmen für sicheres Reisen und nachhaltigen Urlaub in Kroatien. Darüber hinaus überbrachte sie eine gute Nachricht: Die Beschränkung der Reisebusbelegung auf 40 Prozent wurde aufgehoben. Busse dürfen nun wieder voll besetzt nach Kroatien fahren!

2019 besuchten rund 21 Millionen Urlauber das Land an der Adria. Rund 1,5 Millionen deutsche Touristen reisten 2020 nach Kroatien, jeder Dritte aus Bayern. Vor allem in der Nebensaison reisen viele Gäste mit dem Bus an. Das Restart-Label „Safe Stay in Croatia“ wurde für Hotels und touristische Unterkünfte einge-

führt, die Gesundheits- und Hygienestandards umsetzen. Inzwischen haben 16.000 Betriebe im Tourismus- und Gastgewerbe dieses Sicherheitskennzeichen.

„Im vergangenen Jahr konnten viele wichtige Erfahrungen gesammelt werden, welche in die diesjährige Saison eingebaut wurden. Mit dem Projekt ‚Safe stay in Croatia‘ wurden Bedingungen geschaffen, damit die Gäste auch in diesem Jahr sagen können: Mein Urlaub in Kroatien war schön, angenehm und sicher. Mein besonderer Dank gilt den bayerischen Busreiseunternehmen, die gerade in der Nachsaison zahlreiche Gäste sicher und umweltfreundlich nach Kroatien befördern“, so die kroatische Ministerin für Tourismus und Sport, Dr. sc. Nikolina Brnjac.

© LBO

LBO NEUER PARTNER DER KLIMA-ALLIANZ

Bündnis für das Klima

Der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen (LBO) ist neuer Partner der Bayerischen Klima-Allianz. Im Beisein von Umweltminister Thorsten Glauber und Verkehrsministerin Kerstin Schreyer unterzeichnete LBO-Präsidentin Dr. Sandra Schnarrenberger am 15. Juni 2021 die „Gemeinsame Erklärung für eine Zusammenarbeit zum Schutz des Klimas“ in München.

Mit dem Beitritt bekennt sich der LBO zu den in der Charta formulierten Zielen und Maßnahmen sowie zur Zusammenarbeit mit den bisherigen und neuen Partnern der Klima-Allianz. Oberstes Ziel: Wieder mehr Menschen zum Umstieg auf den umweltfreundlichen Busverkehr bewegen! Der LBO und die Bayerische Staatsregierung rücken in ihrer „Gemeinsamen Erklärung“



Umweltminister Thorsten Glauber, Dr. Sandra Schnarrenberger und Verkehrsministerin Kerstin Schreyer (v.l.n.r.)

den umweltfreundlichen Verkehr mit Omnibussen als ein zentrales Handlungsfeld beim Klimaschutz in den Mittelpunkt.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte beim Beitritt des LBO e.V. zur Bayerischen Klima-Allianz in München: „Die Folgen des Klimawandels treffen Mensch und Natur auch in Bayern. Nur gemeinsam können wir die Kli-

maveränderung begrenzen. Die Zukunft der Mobilität muss dafür umweltfreundlich und nachhaltig werden. Jeder ist aufgefordert umzudenken und vor allem umzusteigen. Moderne Omnibusse sind ein komfortables Angebot. Sie entlasten die Umwelt und das Klima. Der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen ist daher ein perfekter Partner in unserer Allianz für mehr Klimaschutz.“

© LBO